

02.02.24**Beschluss**
des Bundesrates

Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Vermeidung kurzfristig auftretender wirtschaftlicher Härten für den Ausbau der erneuerbaren Energien**A**

Der Bundesrat hat in seiner 1041. Sitzung am 2. Februar 2024 beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 15. Dezember 2023 verabschiedeten Gesetz einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes **n i c h t** zu stellen.

B

Der Bundesrat hat ferner die folgende **E n t s c h l i e ß u n g** gefasst:

1. Der Bundesrat fordert den Bundestag auf, sämtliche Teile des „Solarpakets I“ schnellstmöglich und spätestens mit Vorlage zur nächsten Sitzung des Bundesrates am 22. März 2024 zu beschließen. Der Bundesrat verweist hierzu auf seine Stellungnahme vom 29. September 2023 (BR-Drucksache 383/23 (Beschluss)).
2. Die damit verbundene Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes muss aus Sicht des Bundesrates zwangsläufig auch Resilienzinstrumente zur Stärkung der europäischen und deutschen Photovoltaikindustrie, sowohl Resilienz-Auktionen als auch Resilienz-Boni als kurzfristig wirkende industriepolitische Instrumente,

enthalten. Nur die Implementierung beider Instrumente kann europäischen Photovoltaikunternehmen unter den aktuellen Bedingungen auf dem Weltmarkt eine Chance zur dauerhaften Fortführung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten bieten.

Begründung:

Die europäische Photovoltaikbranche steht unter erheblichem wirtschaftlichen Druck infolge der erheblichen Überkapazitäten durch Importe von Photovoltaikmodulen aus Asien, die unterhalb ihrer Selbstkosten auf den Markt gebracht werden. Die großen Schwierigkeiten der Photovoltaikbranche in Europa zeigen sich an bereits erfolgten Entlassungswellen und angekündigten Schließungen von Produktionsstätten der Photovoltaikunternehmen, auch in Deutschland. Eine Abwanderung dieser strategisch wichtigen Technologiebranche kann nur mit schnellem entschlossenem Handeln auf Bundesebene abgewendet werden. Daher muss das „Solarpaket I“ des Bundes um entsprechende Resilienzinstrumente ergänzt und zeitnah auf den Weg gebracht werden.

Resilienzausschreibungen und -boni im Rahmen der Vergütungsmechanismen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) würden die mit dem Einsatz deutscher (beziehungsweise europäischer) Photovoltaikprodukte verbundenen Mehrkosten ausgleichen und wären ein wichtiger Schritt, die Marktbedingungen für die Photovoltaikindustrie in Deutschland anzugleichen. Aufgrund massiver staatlicher Subventionen der Solarproduktion in China werden importierte PV-Produkte in Überkapazität weit unter Produktionskosten auf dem europäischen Markt angeboten. Europäische Hersteller sind diesen Verkaufspraktiken derzeit schutzlos ausgeliefert.

Um die Position der heimischen Photovoltaikunternehmen in diesem unfairen Wettbewerb zu verbessern, werden die industriepolitischen Instrumente Resilienz-Boni und Resilienz-Auktionen von Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen des EEG empfohlen. Betreibende von Solaranlagen in Deutschland sollen über finanzielle Anreize zum Kauf resilienter Solarmodule aus europäischer Fertigung angeregt werden. So kann die Nachfrage entlang der Wertschöpfungskette in Europa garantiert werden. Bei Resilienz-Auktionen wird die europäische Wertschöpfungskette mittels Ausschreibungskriterien gesichert. Der Effekt von Resilienz-Auktionen allein ist jedoch nicht geeignet, die Branche ausreichend zu unterstützen, da das Hausdachsegment das Kerngeschäft der deutschen Photovoltaikindustrie darstellt. Das Instrument der Resilienz-Auktionen kann als sinnvolle Ergänzung wirken, jedoch braucht es beide Instrumente, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Produktion in Europa effektiv zu verbessern.

Der Erhalt der deutschen Solarindustrie ist ferner ein entscheidender Baustein für die erfolgreiche Gestaltung der Energiewende. Die Stromerzeugung durch Solarenergie erlebt gerade einen enormen Aufschwung. Der Ausbau der Photovoltaikenergie ermöglicht mehr energiepolitische Unabhängigkeit. Angesichts globaler Spannungen sind resiliente Lieferketten und europäische

Energiesouveränität unerlässlich. Dies sollte nicht durch eine noch stärkere einseitige Abhängigkeit von PV-Modulen aus China nach möglicher Abwanderung der europäischen Photovoltaikindustrie erneut aufs Spiel gesetzt werden.

Die Solarindustrie ist darüber hinaus eine wichtige Säule für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands. Es droht der Verlust von zahlreichen hochqualifizierten Industriearbeitsplätzen in einer Schlüsselbranche, vor allem in den ostdeutschen Ländern. Die deutsche Solarindustrie hat weitestgehend noch die Technologieführerschaft inne und würde mit diesen Instrumenten die Möglichkeit erhalten, in den kommenden Jahren zu einem signifikanten Wirtschaftszweig heranzuwachsen und maßgeblich zur Resilienz der Energiewirtschaft beizutragen.